

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

29.11.1929 (No. 279)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlich  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9516

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Krenn,  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, Unvollständigkeit Druckfehler und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Verkäufte zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsbureau für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Hundert Jahre badische Gendarmerie

Am 1. Dezember 1829 trat auf Grund des Gendarmerieedikts vom 3. Oktober 1829 die badische Gendarmerie als Landespolizeianstalt ihren Dienst an; sie kann daher am 1. Dezember 1929 auf eine hundertjährige Tätigkeit zurückblicken.

In einem Erlaß, den der Minister des Innern zu diesem Tage an die Bezirksämter gerichtet hat, heißt es u. a.: „Während eines Jahrhunderts hat die badische Gendarmerie im allgemeinen Sicherheitsdienst, im Kriminaldienst und im Verwaltungsdienst stets in aufopfernder Weise ihre Pflicht getan. Schwere Aufgaben traten an sie heran, die sie zum Wohle des badischen Staats und des badischen Volks in rastloser Arbeit bewältigt hat. Dafür spreche ich allen Angehörigen der Gendarmerie besonderen Dank und besondere Anerkennung aus.“

Die Leistungsfähigkeit der Gendarmerie immer auf bester Höhe zu halten, war in der Vergangenheit das Streben der Beamten selbst wie der vorgesetzten Behörde. Es möge das auch in Zukunft so sein. Mögen auch in den kommenden Jahren der badischen Gendarmerie die Erfolge und die Anerkennung zuteil werden, die ihre Arbeit in der Vergangenheit fand.“

Der Minister hat ferner die Bezirksämter erjucht, bei nächster dienstlicher Gelegenheit des hundertjährigen Jubiläums der Gendarmerie in feierlicher Weise zu gedenken.

Der Justizminister hat aus Anlaß des hundertjährigen Gedenktages der Gründung der badischen Gendarmerie an den Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Minister!

Am 1. Dezember d. J. blickt die badische Gendarmerie auf eine hundertjährige Geschichte zurück. Die Gendarmeriebeamtschaft war in dieser gewaltigen Zeitspanne nicht nur eine in vielen Stürmen erprobte Stütze des Staates und seiner Ordnung, sie war vor allem auch der Rechtspflege eine unentbehrliche Gehilfin im Kampfe gegen das Verbrechertum. Für diese aufopferungsvollen und erfolgreichen Dienste gebührt ihr der besondere Dank der Justizbehörden.

Ich darf Sie bitten, der Gendarmerie den Ausdruck dieses Dankes und meine aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrem Jubelfeste zu übermitteln. Möge die Gendarmerie, getreu ihrer ruhmvollen Tradition, der allezeit wachsame und starke Hüter der Ordnung und der Gesehe bleiben, der sie bisher war.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung

Ihr  
Kemmeler,  
Justizminister.

### Die Januar-Konferenzen

#### Youngplan — Flottenabrüstung — Völkerbundrat

Die zweite Haager Konferenz wird voraussichtlich am 3. Januar beginnen. Die Juristenkonferenz zu ihrer Vorbereitung wird am 10. Dezember in Brüssel zusammengetreten. Die drei Unterausschüsse, die sich mit den durch den Youngplan notwendigen Änderungen der deutschen Gesetzgebung, der Reichsbank, der Reichsstaats- und der kontrollierten Einnahmequellen, befassen, haben ihre Arbeit beendet. Ihre Berichte sind dem Präsidenten der Haager Konferenz, Jaspard, unterbreitet worden.

Am 21. Januar soll in London die Flottenabrüstungskonferenz anfangen. Die englische Regierung hat beschlossen, das Angebot des Königs anzunehmen und den Staatsraum des St. James-Palastes für die Fünfmächtenkonferenz zu benutzen. Die Plenarsitzungen sollen in der Reg. Galerie des Oberhauses abgehalten werden.

Der Vorschlag der italienischen Regierung, die Tagung des Völkerbundes auf den 13. Januar festzusetzen, hat, dem „Matin“ zufolge, keine Aussicht, angenommen zu werden. Die französische Regierung habe den Gegenvorschlag gemacht, den Völkerbundrat parallel mit der Flottenabrüstungskonferenz in London abzuhalten. Durch diese Regelung wäre die zweite Haager Konferenz nicht allzusehr in ihrer Zeit beschränkt; außerdem hätte man während der ersten Tage der Flottenabrüstungskonferenz, wo es sich nur um Vorverhandlungen dreht, genügend Zeit für die Verhandlungen des Völkerbundesrates.

Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete ist nun von Koblenz nach Wiesbaden übergesiedelt.

Der polnische Liquidationsvertrag wurde in einer Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags einer scharfen Kritik unterzogen.

### Letzte Nachrichten

#### Wirtschaftskrise und Bankgewerbe

##### Erklärungen der Banken

WZB. Berlin, 29. Nov. (Tel.) Der Zentralverband des deutschen Bankiergewerbes wird, einem schon im vergangenen Jahre aus Mitgliedereisen geknüpften Bunde entsprechend, seinen diesjährigen Geschäftsbericht bereits eine Woche vor der am 12. Dezember stattfindenden Generalversammlung veröffentlichen, um den Mitgliedern eine Grundlage für die Aussprache über alle in dem Bericht behandelten wichtigen Wirtschafts- und Verursachungen zu geben. Die Ansicht des Verbandes über die gegenwärtige Lage des Bankgewerbes über die Bericht in folgenden Sätzen zusammen:

„Von den trübsamen Störungen, die unser Wirtschaftsprozess durchzumachen hatte, ist in einzelnen seiner Glieder auch das deutsche Bank- und Bankiergewerbe mitbetroffen worden; das Ganze und im Großen gesehen hat es seine Gesundheit und Widerstandskraft bewahrt. Rechtzeitig getroffene Maßnahmen betriebsökonomischer und betriebsorganisatorischer Rationalisierung sowie eine mitunter als übervorsichtig kritisierte Kreditpolitik haben nachträglich ihre Rechtfertigung gefunden, und es hat sich gezeigt, daß im deutschen Bank- und Privatbankiergewerbe noch immer die Eigenschaften vorhanden sind, die es kräftig und in den letzten 15 Jahren Gefahren und Erschütterungen weit schwererer Art erfolgreich überstanden wurden.“

#### Die letzten britischen Truppen im Rheinland

WZB. London, 29. Nov. (Tel.) „Times“ weist darauf hin, daß heute die letzte Etappe der Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland beginnt. Es stehen nur noch zwei Bataillone im Rheinland, die anfangs Dezember abgeführt werden sollen.

#### Der Flug nach dem Südpol

##### Der Nordpolflieger Byrd aufgestiegen

WZB. New York, 29. Nov. (Tel.) Wie „Times“ in großer Aufmachung berichtet, hat Commander Byrd gestern nachmittags 3.29 Uhr von Little America aus einen Flug nach dem Südpol angetreten.

Der Flug soll über eine Strecke von etwa 2500 Kilometer führen, auf der eine Höhe von 3000 Meter überflogen werden muß. Außer Byrd nehmen drei Personen an dem Fluge teil. Der Pilot ist Bert Balchen, der auch bei dem Transatlantikflug Byrds im Jahre 1927 das Flugzeug führte.

Byrd ist bekanntlich im Mai 1926 von Spitzbergen nach dem Nordpol und zurückgefliegen. Der Flug dauerte 16 Stunden.

#### Vermahlung von Inlandsweizen

WZB. Berlin, 29. Nov. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde der Entwurf einer zweiten Verordnung über die Vermahlung von Inlandsweizen behandelt.

Die Verordnung will bestimmen, daß, unbeschadet der übrigen bisherigen Vorschriften des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandsweizen, rückwirkend in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. November 1929 mindestens je 50 Prozent Inlandsweizen zu vermahlen sind.

Von Regierungsseite wurde ausgeführt, daß das Gesetz, welches für die Zeit vom 1. August bis zum 30. November eine 40prozentige Vermahlung vorsieht, nach den bisher vorliegenden Berichten nicht in vollem Umfange den erhofften Erfolg für die Weizenpreise gehabt hat. Um eine vermehrte Nachfrage nach Inlandsweizen zu erreichen, ist es daher erforderlich, für eine gewisse Zeit die Vermahlungsquote auf 50 Prozent zu erhöhen. Für das gesamte Wirtschaftsjahr soll es dagegen zunächst bei der bisherigen Vermahlungsquote bleiben.

Nach einer sehr ausführlichen Diskussion wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei zur Abstimmung gebracht, der den Reichsernährungsminister ersucht, den auf 50 Prozent erhöhten Vermahlungsanspruch von Inlandsweizen auf die Dauer von drei Monaten auszuweiten, und zwar für die Zeit vom 1. Dezember 1929 bis zum 28. Februar 1930. — Der Antrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

#### Rücktritt des japanischen Unterrichtsministers

WZB. Tokio, 29. Nov. (Tel.) Unterrichtsminister Kobashi ist auf Grund von Behauptungen, daß er in einer Reihe von Standarten verwickelt sei, zurückgetreten. Er erklärte, daß er unschuldig sei, jedoch zurückzutreten wünsche, um der Regierung keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. In seinem Nachfolger wurde Baron Tanaka, der ehemalige Führer der Seijunoto-Partei und jetziges Mitglied der Minseito, ernannt.

Auf der Sparrenkonferenz hat man sich über das Arbeitsprogramm geeinigt. Die Unterausschüsse für Gruben sowie Handels- und Zollfragen werden am Samstag ihre Arbeiten aufnehmen.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Die Krise im Bankgewerbe — Großbanken und Sparkapital — Noch immer nicht Gasfriebe — Aus der chemischen Großindustrie

Auf den Zusammenbruch der Berliner Beamtenbanken ist in verschiedenen Teilen des Reichs eine Serie von Zusammenbrüchen von kleinen und mittleren Banken, nicht alle Inflationsgründungen, gefolgt, die breite Schichten, gerade auch den Mittelstand auf das empfindlichste trafen, und von denen auch Baden nicht verschont blieb. Die rückgängige Konjunktur, die Überflutung des Bankgewerbes, die ja auch Großbanken zu Zusammenlegungen drängte, die zu geringe Kapitaldecke des Inlands sind die Grundursachen. So haben manche mittlere und kleinere Institute ihre finanziellen Kräfte überspannt, sich in schwierige und weitverzweigte Geschäfte eingelassen und zu diesem Zweck fremdes Kreditkapital in Anspruch genommen, während sich durch Verluste und unvorsichtige Kreditgebung, zum Teil auch durch Spekulationsverluste an den Auslandsbörsen das eigene Kapital verminderte. Wo man sich durch Spekulationen zu retten versuchte, wurden sogar Eingriffe in Depots und Unterschlagungen an Kundengeldern verübt.

Die Folge dieser bedauerlichen Vorgänge und Zustände ist ein Wiederanschwellen der Vertrauenskrise, eine Verunsicherung weiter Kreise, die durch Abhebung von Guthaben auch gesunde Institute in schwierige Situationen gebracht haben. Jede Bank muß natürlich einen erheblichen Teil der ihr zur Verfügung stehenden Gelder in einer Weise anlegen, die ihr nicht gestattet, sie in wenigen Stunden flüchtig zu machen. Die langfristig und gegen erstklassige Sicherheit angelegten Gelder sind immer viel größer als die sofort greifbaren, und ein Großanstrom auf sehr viele Kassen erschwert auch die gegenseitige Hilfe der Banken. So besteht die Gefahr, daß das, was eine Reinigungskrise ist, weiter greift, als es unvermeidbar ist. Natürlich werden dabei unzutreffende Gerüchte verbreitet, wie es noch in den letzten Tagen zum Schaden namhafter badischer Unternehmungen geschah. Die Folgen einer weitergreifenden und unbegründeten Panik müßte schließlich die gesamte deutsche Volkswirtschaft, die an und für sich schon schwer genug zu kämpfen hat, empfindlich verspüren.

Über die Schwierigkeiten der Ostbank für Handel und Gewerbe, an der Eugenberg beteiligt ist, berichten wir an anderer Stelle. Bei der durch die Dresdner Bank und mit Hilfe des preussischen Staates notwendig werdenden Sanierungsaktion muß eine Kapitalzusammenlegung im Verhältnis von 4:1 erfolgen. Die Schwierigkeiten des mit einem Aktienkapital von 4 Mill. arbeitenden Instituts sind unmittelbar auf die starke Zurückziehung von Depositengeldern zurückzuführen. Über die Lage des Instituts im übrigen wird man wohl bald Näheres hören.

Ein neues, von Großbankseite ausgehendes Projekt findet dabei eigentlich keine ungünstige Konjunktur, da die Großbanken schon wegen ihrer Verbindungen mit dem kapitalfräftigen Ausland eine starke Vertrauensposition haben. Die D-D-Bank will durch Ausbau des Filialnetzes und außerdem durch ein neu einzurichtendes Netz von Kleinagenturen in größerem Umfang als bisher auch kleinere Geldeinlagen an sich zu ziehen versuchen, um sie für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Dadurch könnte vielleicht auch abgebauten Angestellten ein Unterhalt geschaffen werden. Außerdem ist geplant, sog. Sparbriefe auf Namen auszugeben, bei denen nicht der Nominalbetrag, sondern nur ein um die Zinsen einer bestimmten Laufzeit verringerter Betrag einzubezahlen wäre. Es handelt sich hier um Verpflichtungsscheine mit einer festen Verzinsung für 6½ Proz. über 50 oder 100 Reichsmark, die zu bestimmten Terminen (zwischen 1 und 3 Jahren) verfallen, aber jederzeit bei der Verkaufsstelle, jedoch nur durch den Käufer, wieder zu Geld gemacht werden können.

Die Sparkassen wenden sich übrigens bereits gegen diese Pläne und bezeichnen sie als einen neuen Einfall der Großbanken in ihr Arbeitsgebiet. Die Großbanken hätten in der Anlagepolitik nicht die Bindungen wie die Sparkassen, und solche Einlagen würden von den Großbanken überwiegend kurzfristig in Industrie- und Handelskrediten angelegt. Die Sparkassen kündigen im Zusammenhang damit an, daß auch sie in diesem Kampf um den Sparpfennig neue Wege zu intensiver und neu-

zeitlicher Werbung einschlagen und ihr Fiskalnetz, wo es Lücken aufweise, ausbauen würden. Das Sparbuch entspräche noch immer am besten den Bedürfnissen des deutschen Publikums.

Die Gaspolitik der Stadt Frankfurt a. M., an der man auch in Baden wegen der Beteiligung der Städte Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Pforzheim bei der unter Frankfurter Führung stehenden Südwestdeutschen Gas-AG. (Süwega) sehr interessiert ist, war wenig glücklich. Der nach den bekannten Zwischenfällen — der kaufmännische Leiter mußte zur Disposition gestellt werden — erst jetzt vorliegende Abbruch der Frankfurter Gasgesellschaft für 1928 zeigt einen Verlust von 1,73 Mill. auf. Die verlustreiche Beteiligung an der Braunkohlegewerkschaft Friedrich in Hungen konnte durch Vertrag mit der preußischen Elektrizitäts-AG. wieder abgestoßen werden, wobei freilich ein Verlust von 1,25 Mill. für 1928 bleibt, der letzten Endes von der Stadt wird getragen werden müssen. Auch die Beteiligung an den linksrheinischen Kohlenfeldern Koffenray zusammen mit der Stadt Köln, wobei sich Frankfurt mit Millionenbeträgen engagierte, bringt eine sehr starke dauernde Belastung der städtischen Finanzen mit sich. An die Ausschließung dieser Kohlenfelder kann gar nicht gedacht werden, einmal wegen der hohen Kosten, und dann, weil die Stadt Köln mit der Ruhrgas-AG. inzwischen zu einem Abkommen gelangt ist. Diese Belastung wird weiter anhalten, auch ist wegen Hungen noch für 1929 ein Verlust zu erwarten.

Der erwartete Gasfriede zwischen Ruhr und der Süwega unter Annahme der Ruhr-Saar-Pläne, über die schon mehrfach berichtet wurde, ist noch nicht zustande gekommen, wenn auch Frankfurt sich grundsätzlich bereit erklärt hat, auch Ruhrgas für den Spitzenbedarf zu beziehen. Die angekündigten Vereinbarungen der Ruhr mit der Hefaga (Hessische Kommunale Gasgesellschaft) zögern sich hin, zumal es nicht rationell wäre, durch Hessen noch eine besondere Leitung für die von der Süwega angestrebte kommunale Gruppengasversorgung Südwestdeutschlands nach Baden zu legen. Die Saar, die ja eine für die Gas-erzeugung besonders geeignete Kohle fördert und nach der Rückgliederung auf ihren alten süddeutschen Absatzmarkt angewiesen ist, hat mit der Ruhr ein Bündnis geschlossen und unterstützt die dortigen Ferngaspläne. Das Hauptargument der Süwega dagegen ist bekanntlich das, daß man einem Gasmonopol der Kohlenzechen begegnen müsse. Von industrieller Seite, wie von der Glasindustrie, wird jetzt der Standpunkt vertreten, daß die Gasfernversorgung der wärmeverbrauchenden Industrien von den Zechen aus deshalb zu begrüßen sei, weil sie die unerwünschte Zusammenballung großer Menschenmassen an den Fundstätten der Kohlen verringere. Dies sei auch für die geographisch weniger günstig liegenden Gemeinden nicht ohne Bedeutung.

Zwischen dem deutschen Farbentwurf und der Standard Oil Comp. of New Jersey ist ein neues Abkommen zustande gekommen über eine besonders enge Zusammenarbeit bei der Verwendung der beiderseitigen Hydrierungspatente (Kohleverflüssigung), die nicht nur die Herstellung von Benzin aus Kohle, sondern auch in besonders wirtschaftlicher Weise aus Rohöl ermöglichen. Zu diesem Zweck wird eine neue Gesellschaft gegründet, und ein großes Werk im Staat New Jersey soll bereits im Februar mit der Massenproduktion beginnen. Durch das Abkommen werden auch neue die international führende Stellung der deutschen chemischen Industrie und die Wirtschaftlichkeit ihrer Verfahren bestätigt. Die kommerzielle Entwicklung der Hydrierungsverfahren wird nun auch in Amerika in großem Umfang unter deutscher Mitwirkung in die Hand genommen. Dabei bleibt durch eine Sondervereinbarung dem von der F. G. Farben hergestellten Kunstbenzin der deutsche Markt vorbehalten.

Während die F. G. Farben, längst mitten in der großchemischen Vollproduktion stehend, weiter über eine günstige Entwicklung berichtet und auch im nächsten Jahr wieder 12 Proz. Dividende verteilen wird, ist die Ruhrchemie-AG. das großchemische Unternehmen der Zechen, das vor allem die Stickstoffherstellung betreibt, noch im Aufbau. Sie bezeichnet das abgelaufene Geschäftsjahr noch als Baujahr, das unter Berücksichtigung nur unwesentlicher Einnahmeziffern (nachdem im Mai mit der Herstellung synthetischen Ammoniaks begonnen worden ist) einen Gesamtverlust von über 1 1/2 Millionen Reichsmark aufweist. In dem Geschäftsbericht heißt es, daß es volkswirtschaftlich nicht zu verantworten wäre, wenn die reichen Wasserstoffmengen im Koksofengas des Ruhrgebiets ungenutzt blieben, während an anderer Stelle Wasserstoff erst künstlich hergestellt werden müsse. Deshalb ist eine Erweiterung des Werkes in Sterkrade-Holten mit einem Aufwand von 12 bis 13 Mill. auf die 1 1/2fache Leistungsfähigkeit geplant. Die Kohlenverflüssigung, für welche die Ruhrzechen eigene Patente besitzen, scheint man noch nicht als Großproduktion in die Hand nehmen zu wollen.

In unsere letzte „Wirtschaftlichen Umschau“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, den unsere Leser wohl selbst richtiggestellt haben. Der angegebene Roggenpreis gilt natürlich nicht für 100 sondern für 1000 Kilogramm.

Rückkehr Kellogg nach Amerika. Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg, der mit seiner Gattin in England weilte, hat Donnerstagabend die Rückreise nach Amerika angetreten.

## Die Einigung der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften

### Der Zusammenschluß vollzogen

Am Donnerstag fanden, wie gemeldet, in Karlsruhe und in Freiburg die Vertreterversammlungen der Genossenschaften statt, die über die Verschmelzung zu beschließen hatten. Wie vorausgesehen war, wurden sämtliche Anträge sowohl in Karlsruhe wie auch in Freiburg mit überwiegender Mehrheit nahezu einstimmig angenommen. Die neue Genossenschaftsorganisation der badischen Landwirtschaft dürfte über 2000 Genossenschaften umfassen. Sie besteht aus dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., der Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank) e. G. m. b. H. und der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. Alle Unternehmen haben ihren Sitz in Karlsruhe. Der Leiter der neuen Organisation ist Präsident Reibel, Karlsruhe.

Im Gegensatz zu den Freiburger Beschlüssen, die einer bedingungslosen Verschmelzung zustimmen, haben die Karlsruher Versammlungen das Inkrafttreten des Vertragswerkes von einer **Ausfallbürgschaft des badischen Staates** abhängig gemacht. Diefem Beschluß kommt jedoch nur formelle Bedeutung zu, da nicht zu zweifeln ist, daß vom Staate die Bürgschaft übernommen werden wird, und da aller Voraussicht nach der eventuell befristete Ausfall an Aktien bei der Badischen Bauernbank nicht eintreten dürfte.

Besonders bemerkenswert war, daß auf der Freiburger Tagung der neue badische Innenminister Dr. Wittmann erschien, der die Verschmelzung der landwirtschaftlichen Organisationen die größte Bedeutung beimaß. Sei auch die finanzielle Lage Badens schwer, so sei doch der gute, eheliche Wille vorhanden nicht mit Worten, sondern mit Taten zu helfen. Die badische Regierung stehe der Landwirtschaft zur Seite. Das würde, so hoffe er, auch für den Landtag zutreffen. Der heutige Tag sei ein Wendepunkt in der Geschichte, denn er sei der Tag der Einsicht, die vergangenen Zeiten des Kampfes mühten vergessen sein. Graf Douglas, als Präsident der Landwirtschaftskammer, begrüßte die Landwirtschaft zu diesem Schritt und forderte auf, mutig den Blick in die Zukunft zu wenden und festen Schrittes glücklichen Tagen entgegenzugehen.

Über die in Karlsruhe abgehaltene Tagung der

Badischen Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H.

wird noch berichtet. Direktor Kosselt von der Krezentkasse erklärte: Wir bemühen uns, zur Gesundung des Genossenschaftswesens beizutragen. Und wir können feststellen, daß aus der erkrankten Freiburger Organisation wieder ein gesundes Glied der Genossenschaftsbewegung geworden ist. Mit den Berliner Nationalisierungsbeiträgen ist eine gesunde Grundlage für die Weiterentwicklung des badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens geschaffen worden. Im übrigen sind wegen einer Ausfallbürgschaft bereits Verhandlungen mit dem badischen Staat eingeleitet. Sie kann aber nicht Gegenstand des Verschmelzungsvertrages selbst sein. Man soll froh sein, endlich den alten Bruderstreit und die Konkurrenz beseitigt zu sehen.

Trotzdem Direktor Kumbel die Darlegungen Kosselts nachdrücklich unterstrich, beharrte Beder, Untergruppenchef, auf einem eingangs der Diskussion gestellten Antrag, daß eine Staatsbürgschaft zur Übernahme der Schulden der Freiburger Organisation sichergestellt werde, und fand dabei die lebhafteste Unterstützung der Versammlung.

Direktor Kosselt wies darauf hin, daß die für Karlsruhe vorgesehenen, sehr erheblichen Nationalisierungsbeiträge zur Voraussetzung haben, daß die Vereinfachung zum 30. November d. J. zustande kommt. Er gab der festen Überzeugung Ausdruck, daß dem Einheitsinstitut Überraschungen erspart bleiben.

Direktor Kumbel schlug vor, den Vertrag anzunehmen und im Protokoll den Beschluß festzulegen, daß der Vertrag nur vollzogen werden kann, wenn die Bürgschaft vom badischen Staat längstens bis 1. Februar beigebracht ist.

Unter dieser Voraussetzung wurde schließlich das Vertragswerk mit allen gegen 1 Stimme genehmigt.

Es folgte die außerordentliche Generalversammlung der

Badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H.

die von Honorarierat Schittenhelm eröffnet und geleitet wurde. Verbandspresident Reibel berichtete über die Fusion mit der Zentral-Bezugs- und Abfallgenossenschaft des Badischen Bauernvereins e. G. m. b. H. in Freiburg. Die Einheitsorganisation führt den Namen: **Badische Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H.**, Sitz Karlsruhe.

In der Aussprache kam der Wunsch zum Ausdruck, daß auch der Landwirtschaftliche Verein und die Badische Landwirtschaftskammer dem Ziel der Einheitsorganisation zustreben mögen.

Der Vertrag wurde nach längerer Aussprache unter der Bereitschaft an die Bankfusion genutzten Bedingung mit allen gegen 5 Stimmen genehmigt, den erforderlichen Satzungsänderungen zuge-

### Der Luftschiffbau in England

WTB. London, 29. Nov. (Tel.) Der Luftschiffbauvertändige, Sir Charles Burney, erklärte in einer Rede in London über die „R 100“, das größte Luftschiff der Welt, wenn die Regierung nicht bereit sei, während der nächsten fünf Jahre für die Entwicklung des Luftschiffbaues drei Millionen Pfund Sterling auszugeben, dann würde sie besser ihre Finger überhaupt vom Luftschiffbau lassen. Die Erbauerin der „R 100“, die Firma Bickers, Limited, habe einen erheblichen Anteil an den Baukosten getragen und habe ihn ermächtigt, zu erklären, daß die Firma nicht wieder einen solchen Kontrakt übernehmen könne.

Zusammenstoß zweier Rheinschlepper. Auf dem Rhein, 135 Kilometer von Wangenau, stieß der deutsche Schlepper „Daniel 17“, der, mit drei Booten im Schlepptau, den Rhein hinunterfuhr, mit dem Straßburger Schlepper „Ranch“ zusammen. Das Schiffsrud der „Ranch“ wurde schwer beschädigt. Auch der deutsche Schlepper erlitt starke Beschädigungen.

In einem Lokal im Südosten Berlins kam es in der vergangenen Nacht zu einer großen Schlägerei, in deren Verlauf ein 22jähriger Arbeiter fünf Personen durch Revolverschläge verletzte. Der Täter wurde festgenommen.

In Ranowitz bei Gleiwitz hat die Frau eines Stellenbesizers ihre vier Kinder im Alter von 8 Monaten bis zu 5 Jahren getötet und dann sich selbst erhängt.

In der Frederiksholmer Nebenstelle der Bank von Norwegen sind Unterschlagungen in Höhe von 552 000 Kronen aufgedeckt worden.

nimmt, ebenso den Vorschlägen für die Wahlen in Vorstand und Aufsichtsrat. In den Vorstand der Zentralgenossenschaft wurden gewählt: 2 Herren von Karlsruhe, 1 Herr von Freiburg, und zwar: Verbandspresident Reibel und Direktor Bilger, Karlsruhe, und Direktor Fagnoul, Freiburg.

In vorgerückter Stunde — 2 1/2 Uhr — wurde der a. o. Verbandstag des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften

durch den Präsidenten Reibel eröffnet, der den Verschmelzungsvertrag mit dem Genossenschaftsverband des Badischen Bauernvereins e. V., Freiburg, zum Einheitsverband „Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., Karlsruhe“, zur Annahme empfahl. Wenn die Krezentkasse — so führte er aus — hier einen Druck ausgeübt habe, so sei ihr dafür ebenso zu danken wie für die Nationalisierungsmittel; denn wohl in keinem Lande sei die Überorganisation so groß und die Notwendigkeit der Nationalisierung so dringend, wie in Baden. Man bedenke: 1857 Genossenschaften mit 166 000 Mitgliedern beim Karlsruher Verbande und 1318 Genossenschaften mit 122 000 Mitgliedern bei der Organisation des Badischen Bauernvereins.

Das Vertragswerk wurde ohne Aussprache mit dem protokollierten Zusatz, daß die Rechtsgültigkeit erst gegeben sei, wenn der badische Staat die Ausfallbürgschaft übernommen habe, einstimmig angenommen.

Landwirtschaftsrat Kälber gab die neuen Satzungen bekannt. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 3 Herren von Karlsruhe, Verbandspresident Reibel, Generalsekretär Landwirtschaftsrat Kälber und Oberreferent Hofmann, und 2 Herren von Freiburg, Generalsekretär Weibels und Oberreferent Schell.

Am den gefassten Bestimmungen zu genügen, wurde in einem weiteren, sofort sich anschließenden Verbandstag einmütig die Auflösung des bisherigen Verbandes beschlossen.

Am Schluß angehängt, nahm Abg. Gilbert Anlaß, den Männern, die am Zustandekommen des Einheitsverbandes mitgewirkt haben, darunter auch dem Gegenpartnern, Direktor Dr. Schwörer, Freiburg, den Dank der gesamten badischen Landwirtschaft auszusprechen. (Lebh. Beifall.) Dasselbe tat auch Präsident Reibel, um sodann mit einem unverfälschten Ausblick in die Zukunft gegen 3 Uhr die für die Geschichte der badischen Landwirtschaft denkwürdigen Tagungen zu schließen.

Donnerstag vormittag tagte in Freiburg die Vertreterversamm-

lung der Genossenschaften des Badischen Bauernvereins,

um über die Verschmelzung mit den Karlsruher Genossenschaften zu beschließen. Sämtliche Anträge wurden debattelos einstimmig oder fast einstimmig angenommen.

Direktor Dr. Schwörer wies auf die großen Schäden hin, die Nörgelei und negative Kritik im Gefolge hätten. Während im Frühjahr dieses Jahres die Tagungen von Debatten begleitet gewesen seien, hätte heute die Opposition eingesehen, daß man in dieser Richtung nicht das Ziel erreichen könne. Gesunde finanzielle Verhältnisse und paritätische Teilung der Geschäfte sei Grundbedingung und sei vom Vorstand beider Organisationen vorgegeben. Mit der Vereinigung der Spitzenorganisationen sei natürlich auch die Vereinigung der lokalen Vereine Grundbedingung. Es würden aus den vorhandenen circa 2000 Genossenschaften deren 2000.

Die Generalversammlung der Bad. Bauernbank

in Freiburg, deren Aufsichtsratsvorsitzender, Reichstagsabgeordneter Dietz, Radolfzell, die Versammlung leitete, nahm den ersten Teil des Nachmittags für sich in Anspruch. Direktor Schiering dankte in seinen Ausführungen in erster Linie für die Hilfe von seiten des Reiches wie von seiten der preußischen Zentralgenossenschaft. Das Opfer, das Institut von Freiburg weggegeben, mußte gebracht werden. Die Geschäftsentwicklung der Badischen Bauernbank war im letzten Jahre, 1929, völlig zufriedenstellend. Die Debitoren der Bank ermäßigten sich von 29 945 000 auf 26 888 000 Reichsmark. Das Immobilienkonto der Bank erfuhr durch die Übernahme der Gebäude des Bauernvereins eine Zunahme von 700 000 Reichsmark. Die Kreditoren erhöhten sich von 6 297 000 Reichsmark auf 7 924 000 Reichsmark. Einem Geigen der Zeit entsprechend, ermäßigten sich die Spareinlagen von 22 994 000 Reichsmark auf 17 747 000 Reichsmark. Die Bilanz der 30. Juni 1929 weist einen geringen Gewinn auf. Der Status der Badischen Landwirtschaftsbank in Karlsruhe sei durchaus aktiv. Als Tag der Verschmelzung gelte der 30. November.

Alle Anträge wurden ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen.

Angelehnt der vorgeschrittenen Zeit wickelte sich die Generalversammlung der

Zentral-Bezugs- und Abfallgenossenschaft

rauf ab. Ihr Vorsitzender, Suber, Löcherberg, gedent gleichfalls der großen Schwierigkeiten. Direktor Fagnoul erörterte den Verschmelzungsgegenstand eingehender. Er weist darauf hin, daß die Krezentkasse es ermöglichte, auf Immobilien 290 000 Reichsmark abzuschreiben, jedoch an dem Verschmelzungstermin am 30. November die gesamten Lagerhäuser mit nur 360 000 Reichsmark zu Buche stehen.

### Badisches Landestheater

Die verkaufte Braut

Schon neulich wurde hier gesagt, und es ist heute zu wiederholen, die Rolle des Wenzel in Emmanas Meisteroper ist keine stichhaltige Probe für einen Spieltenor. Diesmal gastierte darin Walter Notemann vom Stettiner Stadttheater. Zweifellos eine ganz gute Gesangsbegehung und auch ein Vortragstalent, das eine gewisse Munterheit und allerlei frohe Laune mitbringt. Doch darüber hinaus war wirklich nichts Entscheidendes festzustellen, weder über die technische Behandlung der Stimme, die zwar in der Höhenlage besser ausgebildet scheint als in einigen anscheinbar mittleren und tiefen Bezirken, noch über die darstellerischen Wirkungsmöglichkeiten, wenn einmal die forcierte Dummlichkeit und damit die grob possentomische Nuance fehlt. Jedenfalls bleibt fraglich, ob man nun diesem Stettiner Bewerber oder doch Robert Kiefer für die Neubedeutung des Faches den Vorzug geben soll. Für den letzten wäre allerdings immerhin mehr zu plädieren, wenn sich die Intendanz genau verriet hat, was aus ihm unter Umständen herauszuholen ist. Gerade der Fall Kaufstätter zeitigte ja nach dieser Richtung erstaunliche Überraschungen. Andererseits konnte aber auch dem Kandidaten aus der Hiesigkeit manches zugute kommen, sofern er schon über ein bestimmtes Repertoire verfügt und sich nicht in jede Figur seines Faches erst gründlich einarbeiten muß. Im übrigen war erfreulich, welche ansehnliche Zuhörerschaft der Abend wiederum angezogen hatte.

S. Sch.

Aus dem Reichstag

Das Hofpfergesetz - Heute „Freiheitsgesetz“

W.D. Berlin, 28. Nov. Die Reichstagsitzung am Donnerstag war von kurzer Dauer. In einer knappen Stunde wurde die gesamte Tagesordnung erledigt.

Zunächst wurde in zweiter und dritter Beratung das Gesetz über die Herkunftsbekanntmachung des Opiums angenommen. Endgültig angenommen wurden auch das Opiumgesetz, das dem internationalen Abkommen von 1925 entspricht, und das internationale Abkommen über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge Schiffbruch.

Novellen zum Hypothekendarlehen, zum Schiedsgericht und Wechselsteuergesetz wurden dem Rechtsausschuss überwiesen.

Gegen eine Vorlage, die das Steuerermäßigungsrecht zur Erleichterung von Betriebszusammenschlüssen bis zum 30. September 1930 verlängern will, protestierten die Kommunisten. Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung angenommen, die sofortige Konnache der dritten Beratung wurde durch den Widerspruch der Kommunisten unmöglich gemacht.

Von den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen lagen Anträge auf gesetzliche Festlegung des 5-Uhr-Abendschlusses für den 24. Dezember vor. Der deutschnationale Antrag unterscheidet sich von dem sozialdemokratischen dadurch, daß er den Ladeninhabern die Möglichkeit lassen will, die noch im Geschäft befindlichen Kunden bis 20 Minuten nach 5 Uhr zu bedienen. - Beide Anträge gingen ohne Debatte an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Einspruch des Reichsrates gegen die Novelle zum Gesetz über die Ermäßigungsbeschränkung aus der Lohnsteuer wurde dem Steueranschuß überwiesen.

Die heutige Sitzung

W.D. Berlin, 28. Nov. (Tel.) Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung, die heute um 2 Uhr beginnt, steht nur die erste Beratung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen „Gesetzes gegen die Verfassung des deutschen Volkes“. Damit verbunden ist die Beratung des Antrages Dr. Friedl (Nationalsozialist), den Volksentscheid darüber nicht vor dem 12. Januar stattfinden zu lassen, und des Antrages Graf Westarp (Dnt.), in der Reichstagsmordnacht die hohen kirchlichen Feiertage, den 8. und 4. Adventssonntag, den Palmsonntag und den Weissen Sonntag als Wahltag auszuschieben.

Für die erste Lesung ist eine Redezeit von anderthalb Stunden für jede Fraktion vorgesehen. Zunächst dürfte Abg. Oberfahren (Dnt.) den Gesetzentwurf begründen. Für die Regierung beabsichtigt Reichsaussenminister Dr. Curtius zu sprechen. Die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien wird voraussichtlich Abg. Esser (Str.) verlesen. Die Kommunisten wollen den Abg. Gredert als Redner benennen.

In der zweiten Beratung am morgigen Samstag werden jedoch zum mindesten nicht alle Regierungsparteien zurückhaltung üben. Die Sozialdemokraten z. B. beabsichtigen, in der zweiten Lesung den Abg. Dr. Breitscheid als Redner vorzuschicken.

Das Republikshutzgesetz

Änderungen durch den Reichsratsausschuß

Der Reichsrat beriet am Donnerstag das neue Republikshutzgesetz. Berichterstatter, preußischer Ministerialdirektor Dr. Kahl, führte aus, der Entwurf verzichte auf die bisherigen Verfassungsänderungen, z. B. die Aufenthaltbeschränkungen und anderen Bestimmungen gegen die früheren landesherrlichen Familien. Den Schutz des Lebens haben die Ausschüsse des Reichsrats nicht auf den politischen Personenkreis des Entwurfs beschränkt. Es soll vielmehr jeder Angriff auf das Leben ohne Rücksicht auf die Parteistellung des Angegriffenen usw. bestraft werden. Derselbe Änderung haben die Ausschüsse für die Bestrafung von Gewalttätigkeiten vorgenommen. Auch der Schutz gegen Beschimpfungen und Verleumdungen soll nicht auf Staatsmänner beschränkt werden, die durch Gewalttätigkeiten ums Leben gekommen sind, sondern soll auf alle Toten ausgedehnt werden. Die Zuständigkeit des Reichsinnenministers für Auflösung von Vereinen und für Zeitungsverbote haben die Ausschüsse geteilt und dafür bei Streitigkeiten zwischen dem Reich und einem Land die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts eingegliedert.

Staatssekretär Weismann befürchtete, daß der erweiterte Schutz gegen Gewalttätigkeiten vor allem den die Republik beschimpfenden Gegnern zugute kommen würde. Preußen würde sich bei dieser Bestimmung der Zustimmung enthalten, aber trotzdem für das Gesetz stimmen. Der Vertreter Hamburgs schloß sich dieser Erklärung an.

Staatssekretär Zweigert beantragte namens der Reichsregierung, die Zuständigkeit des Reichsinnenministers wiederherzustellen, weil meist schnell gehandelt werden müsse. Während die preussische Regierung diesem Antrage des Reiches zustimmte, lehnten Bayern und Sachsen ihn ausdrücklich ab.

Der Antrag des Reichs wurde mit 88 gegen 25 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt, das Gesetz in der Ausschussfassung mit 50 gegen 16 Stimmen Bayerns, Westfalens, Schmeckens und der preussischen Provinzen Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und Niederschlesien angenommen. Der Name des Gesetzes wurde in „Gesetz zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens“ abgeändert.

Die Reichsregierung hat sich laut „Voss. Ztg.“ entschlossen, die vom Reichsrat vorgenommene Änderung nicht zu beanstanden. Sie wird also keine Doppelvorlage einbringen, sondern entsprechend den Reichsratsbeschlüssen die Ausdehnung des geschützten Personenkreises billigen und ebenso den Vorschlag des Reichsrates annehmen, daß nicht der Reichsinnenminister, sondern die Länderregierungen das Recht zur Auflösung politischer Organisationen und zu Zeitungsverboten erhalten.

Verlängerung der Winkerkredite. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der Winkerkredite angenommen.

Der Sprengstofflieferant der Bombenleger ermittelt. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Hamburg: Der Berliner Kriminalbeamten ist es gelungen, in einem der letzten Verhafteten, dem Landwirt Johann Rathjen aus Bargfeld, den Lieferanten und Überbringer von Explosivstoffen zu ermitteln. Rathjen ist gefällig, den für die Anschläge in Wijnzen, Weidenfeld, Lunden und Hollingstedt benötigten Sprengstoff befozt zu haben.

Neun Todesurteile in Palästina. Wegen der Ermordung einer jüdischen Familie in Safed während der letzten Unruhen wurden in Safa neun Araber zum Tode und zwei Araber zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der nördliche und mittlere Teil von Portugal wurden von einem heftigen Sturm heimgesucht. Der Schaden, den das Unwetter angerichtet hat, wird auf über 20 Millionen Reichsmark geschätzt.

In Hull (Massachusetts) richtete ein Brand, der auf einem Dach ausgebrochen war, einen Schaden von mehr als einer Million Dollars an. 5 Ausflugsdampfer sind verbrannt.

Die chinesischen Friedensvorschläge

Eine russische Siegesproklamation

Auch die Moskauer Zentralregierung hat nun Russland Vorschläge für die Regelung des russisch-chinesischen Konfliktes übermittelt. An den Völkerbund hat sich China nicht gewandt; nachdem Japan abgeraten hatte, da Russland dem Völkerbund nicht angehört. Amerika ist an die Signatarmächte des Kelloggpatentes, Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan, herangetreten, um eine Verständigung über die Schritte herbeizuführen, die zur Vermeidung einer Verschärfung der Lage in der Mandschurei ergriffen werden können.

Der Oberbefehlshaber der Sowjetarmee im Fernen Osten hat eine Proklamation erlassen, derzufolge China eine Lektion erteilt worden sei, die Russlands Stärke und feste Absicht zeige, die Kontrolle über die Eisenbahn aufrechtzuerhalten.

Nach japanischen Meldungen sollen die Russen das von ihnen besetzte chinesische Gebiet geräumt haben, während die Sowjetflugszeuge ihre Flüge in der Eisenbahnzone fortsetzen. Reuter meldet, daß 13 russische Flugszeuge die Stadt Buchatu überflogen und das Hauptquartier der chinesischen Armee mit Bomben belegten. Die Stadt wurde später von acht weiteren Flugszeugen überflogen, jedoch nicht mehr bombardiert. Man nimmt an, daß die Sowjetregierung die Chinesen durch diese Demonstration zur Annahme ihrer Bedingungen veranlassen möchte.

Der russisch-chinesische Konflikt war Mitte Juli ausgebrochen durch die plötzliche chinesische Besetzung der gemeinsam vermarketen ostchinesischen Bahn, durch die Verhaftung und Deportation zahlreicher russischer Angestellter und die Entlassung der russischen Leiter. Der Streit um die Eisenbahn hat nach vielfachen kleineren Grenzstößen kürzlich zu Zusammenstößen größeren Umfangs geführt, bei denen die rote Armee nennenswerte Erfolge erzielte. Dieser Umstand sowie die immer fühlbareren wirtschaftlichen Nachteile für Waiden durch die Stilllegung der Eisenbahn veranlassen jetzt China zu den Versuchen, durch Nachgiebigkeit den Frieden herbeizuführen.

Das Hilfsprogramm für die besetzten Gebiete

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete am Donnerstag Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, Ausführungen über das Hilfsprogramm für die besetzten Gebiete und die westlichen Grenzgebiete.

Die größte Schwierigkeit liege darin, daß man heute noch nicht übersehen kann, welche Beträge zur Verfügung stehen. In dem Nachtragshaushalt für 1929 sind 10 Millionen Reichsmark eingestellt, wiewohl im Haushalt 1930 eingestellt werden, ist noch nicht zu übersehen. Der Etat liegt gegenwärtig dem Kabinett vor. Die Verhandlungen der nächsten Wochen werden zeigen, welche Summen für das Hilfsprogramm zur Verfügung gestellt werden können. Straßen, Brücken, Wasser- und Wasserversorgung, Maßnahmen für die Umstellung der Landwirtschaft, für Handel und Kleinindustrie und anderes, werden der Hauptinhalt dieses Programms sein.

Konfliktstimmung bei den Deutschnationalen

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, die sechs Stunden dauerte und sehr lebhaft Auseinandersetzungen brachte. Die Sitzung, in der eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Dugenberg-Flügel und den gemäßigten Gruppen herbeigeführt werden sollte, ist ergebnislos abgebrochen worden. Heute gehen die Beratungen weiter. Die persönlichen Zusammenstöße, die sich in der Sitzung ereigneten, sind offenbar nicht so sehr durch die Auseinandersetzung über das Dugenberg'sche Freiheitsgesetz veranlaßt worden, als vielmehr durch die Frage Treuhaus, dessen Ausschluß aus der Partei bekanntlich Dugenberg betreibt.

Neue Sklare-Hälle

Der Kreis der in der Sklare-Affäre Verdächtigen hat sich wiederum erweitert. Der Oberpräsident hat nämlich gegen den Berliner Obermagistratsrat Schallbach die Einleitung eines förmlichen Disziplinerverfahrens unter gleichzeitiger Suspendierung vom Amte verfügt. Dieser Schritt kommt überraschend, da man von Schallbach, der übrigens der Deutschen Volkspartei angehört, bisher trotz mancher Verdächtigungen annehmen konnte, daß er sich im Gegensatz zu seiner Umgebung korrekt benommen habe. Es handelt sich angeblich darum, daß Schallbach sich durch den Stadtrat Gaebel verleiten ließ, den Sklare falsche Bescheinigungen auszustellen über größere Ansprüche der Berliner Aufschaffungs-Gesellschaft, die in Wahrheit nicht bestanden. Auf Grund dieser Bescheinigungen hatte dann eine Bank den Sklare Kredit gewährt. Schallbach behauptet, diese Verfehlungen nicht zum eigenen Vorteil begangen zu haben, sondern, um dem Stadtrat Gaebel gefällig zu sein, der die Gegenseignung eines zweiten Vorstandsmitglied für notwendig hielt. Stadtrat Gaebel bestritt jedoch, daß jemals eine solche falsche Beurkundung erfolgt sei. Nach seiner Darstellung habe es sich bei dem fraglichen Vorgang lediglich um die Beschaffung von Sicherheiten für von den Sklare aufzunehmende Kredite gehandelt.

Transporte von mehreren tausend deutsch-russischen Auswanderern sind über Niga nach Deutschland unterwegs. Da Kanada vorläufig die Einreise verweigert, bis der Winter vorüber ist, rechnet die Reichsregierung damit, und es sind dafür ja auch alle Vorbereitungen getroffen, die Auswanderer bis zum nächsten Frühjahr in Deutschland unterbringen zu müssen.

Der als Assistent am Elberfelder Bakteriologischen Institut tätig gefundene Dr. med. Wendtke aus Nettmann hard an den Folgen einer Vergiftung, die er sich beim Sezieren einer Typhusbakterie zugezogen hatte. Es ist dies der dritte derartige Fall, der sich innerhalb zwei Jahren in Elberfeld ereignet hat.

Nach einer Meldung aus Wien bekam ein Hütjunge in St. Paul (Lavanttal) von seinem Arbeitgeber den Auftrag, mehrere Nägel einzuschlagen. Da der Junge keinen Hammer fand, sagte der Bauer scherzweise, er könne ja eine der alten auf dem Boden liegenden Handgranaten benutzen. Der 14-jährige Junge tat dies. Der Sprengkörper explodierte und risk ihm beide Arme ab.

In Ludwigslust hat der Arbeitslose Seeger seine Geliebte und deren 10-jähriges Töchterchen ermordet und sich dann selbst die Pulsadern geöffnet.

In einem Bergwerk bei Cowerton (Grafschaft Glamorgan in Wales) wurden infolge einer Explosion sieben Bergleute verschüttet. Sie wurden als Leichen geborgen.

Ein Flugzeug, das kürzlich von Ranting nach Kanton gefandt worden war, verlor, als es von einem Bombenangriff auf die Kwangsi-Streitkräfte nach Kanton zurückkehrte, versehentlich eine Bombe, die auf das größte chinesische Krankenhaus fiel und es teilweise zerstörte. Sieben Patienten wurden getötet.

Badischer Teil

Neue Abzeichen für Polizeioffiziere

Die „Mannheimer Arbeiterzeitung“ bringt unter dieser Spitzmarke in ihrer Nr. 278 vom 27. d. M. eine Mitteilung über die „Verzierung“ der Uniform der blauen Polizei mit Raupen und Sternen; es sollten danach einige Neuerungen eingeführt werden.

Hierzu ist festzustellen: An der obigen Meldung ist lediglich richtig, daß in letzter Zeit mit den Organisationen der Polizei- und Gendarmeriebeamten die Frage erörtert worden ist, ob und in welcher Weise die Abzeichen der badischen Polizei und Gendarmerie für alle Beamten denen anderer Länder angepasst werden sollen, was seit längerer Zeit der Wunsch größter Teile der Beamten des Sicherheitsdienstes ist. Baden ist zudem das einzige Land in Deutschland, welches Achselabzeichen noch nicht eingeführt hat.

Eine Entscheidung über diese Frage steht noch dahin. Sie wird ebenso wie andere Fragen der Velleidung zu gegebener Zeit dem praktischen Bedürfnis entsprechend getroffen werden. Auf die sonstigen Bemerkungen der Rutz der „Arbeiterzeitung“ einzugehen, liegt keine Veranlassung vor.

Der badische Tabakbau und die Erhöhung der Tabaksteuer

Die Präsidenten Dr. Graf Douglas, Mayer (Großsachsen) und Schill (Herzhausen) haben am Donnerstag, den 28. November, dem Herrn Minister des Innern in einer gemeinsamen Vorsprache Mitteilung davon gemacht, in welcher schwierigen Lage der badische Tabakbau durch die Bekanntgabe der Pläne der Reichsregierung über die Erhöhung der Tabaksteuer geraten sind. Sie haben insbesondere die badische Regierung gebeten, bei der Reichsregierung alle in ihrer Macht stehenden Schritte zu unternehmen, um den Verkauf der Ernte des Jahres 1929 zu ermöglichen und darüber hinaus alle Vorkehrungen zu treffen, um den badischen Tabakbau vor den Wirkungen der Finanzreform zu schützen.

Israelitische Landesynode

Die am 17. November d. J. neu gewählte israelitische Landesynode ist zur 15. (ordentlichen) Tagung auf Sonntag, den 1. Dezember 1929, nachmittags 4 Uhr in das Landtagsgebäude in Karlsruhe einberufen. Den Beratungsgegenstand bildet hauptsächlich der Vorschlag für die nächsten 3 Jahre.

Aus der Landeshauptst.

Vom Karlsruher Rathaus. Der frühere Präsident des Rechnungshofes und nunmehrige Innenminister Dr. Wittenmann, hat sein Mandat als Mitglied des Karlsruher Bürgerausschusses, das er seit etwa drei Jahren inne hatte, niedergelegt. An seiner Stelle tritt die Fortbildungsschulhauptlehrerin, Frä. Stoffel, in das Kollegium ein. In der letzten Sitzung der Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses hat sich Herr Wittenmann, der am kommunalpolitischen Leben unserer Stadt regen Anteil genommen und als gründlicher Kenner der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Landes gelten darf, sich in herzlichster Weise verabschiedet. Die Fraktion war damit auch vor die Notwendigkeit gestellt, das Amt des Vorsitzenden neu zu besetzen. Die einmütige Wahl fiel auf Finanzrat Wilt, der seit 1919 dem Bürgerausschuß angehört, seit Jahren auch als Mitglied des Stadverordnetenvorstandes sowie stellvertretender Obmann.

Das päpstliche Antworttelegramm. Auf das anlässlich der Papstfeier an den Papst Pius XI. abgeandte Huldigungstelegramm ist an Prälat Dr. Stumpf folgende telegraphische Antwort (in lateinischer Sprache) eingegangen: „Der erhabene Hohepriester sendet Dir, den Behörden und allen Katholiken, die dort versammelt sind, für den Ausdruck kindlicher Liebe und Treue gerne den päpstlichen Segen. Cardinal Gasparri.“

Verlauf eines Teils der Artilleriekaserne Gottesau. Der Reichsrat und der Haushaltsausschuß des Reichstages haben einem Antrag des Reichsfinanzministers zugestimmt, einen Teil der Artilleriekaserne Gottesau mit Erzgießerei und Reitplätzen sowie Militärleherschmiede usw. zum Preise von 400 000 RM an die Stadt Karlsruhe zu veräußern. Der Schätzwert des Grundstücks beläuft sich auf 550 000 RM. Der Karlsruher Bürgerausschuß hat bereits im September dem Kauf zugestimmt.

Badisches Landesbheater. Das am Samstag, dem 30. Nov., unter der Spielleitung Felix Grundbachs zum erstenmal in Szene gehende Schauspiel „Kolonne Hund“ von Friedrich Wolf wird in Hauptrollen und wichtigen Aufgaben durch die Damen Vertram, Genter, Schreiner und Mademacher, sowie die Herren Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Just, Otto und Hans-Herbert Nienhiser, Alloebe, Landgrebe, Müller, Mehner, Prüter, Schulze und von der Trend zur Darstellung kommen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Am Rande der großen atlantischen Depression hat sich eine Teilsirung über der Nordsee entwickelt. Unter ihrem Einfluß ist die Warmluft schon gestern über uns hinweggezogen, nachdem am Vormittag eine nur kurz dauernde Aufbesserung eingetreten war. Heute ist diese erste Warmluftstapel schon über Dänemark zu erkennen, eine zweite liegt über Westfrankreich. Der Warmluft folgt heute morgen, erst bis etwa 20 Grad westl. Länge vorgedrungen, kühlere Luft. Wir werden morgen noch im Bereich der Warmluft bleiben. Wetterausichten: Weiter anhaltend mild bei südwestlicher Luftzufuhr, nach Durchzug einer Regenschicht aufheiternd.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (29 November, 28 November), and exchange rates.

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um 1/8 auf 7 Proz. erhöht.

### Anschluß der Ostbank an die Dresdner Bank

Die Ostbank für Handel und Gewerbe, die ihren Sitz in Berlin und Königsberg hat, ist in Schwierigkeiten geraten. Die Dresdner Bank übernimmt die illiquid gewordene Ostbank. Das Kapital in der Höhe von 4 Mill. Reichsmark soll im Verhältnis von 4:1 zusammengelegt und gegen Aktien der Dresdner Bank zu pari getauscht werden. Bei der Aktion haben die Reichsbank und die preussische Seehandlung mitgewirkt.

Die Ostbank wird beherrscht von Dr. Eugenberg, der Vorsitzender des Aufsichtsrates ist. Das Hauptarbeitsgebiet war Ostpreußen und die frühere Provinz Posen. Die Schwierigkeiten scheinen entstanden zu sein aus großen Grundstücks- geschäften, aus Kinosbauten, in denen viel Geld festgelegt wurde und hinter denen man Transaktionen mit der IFA vermutet. Es wird gemeldet, daß die Dresdner Bank sich für diese Transaktion erst entschlossen hat, nachdem die preussische Regierung die Bürgschaft für 1 Mill. Reichsmark zugesichert hat. Für eine zweite Million soll Eugenberg persönlich die Bürgschaft geleistet haben. Wie groß die tatsächlichen Verluste sind, ist noch nicht bekannt. Da durch die Stellung Eugenbergs in der Bank die ganze Angelegenheit einen stark politischen Charakter trägt, ist der Plan einer Stützungsaktion nur weiter verfolgt worden, nachdem sich Eugenberg bereit erklärt hat, aus der Bank nach erfolgter Stützungsaktion auszuschiden.

Dem „Berliner Börsebericht“ zufolge hat sich die Dresdner Bank eine Sicherung in folgender Weise ausbedungen: Die Großaktionärgruppe, bestehend aus Eugenberg (zirka 1,3 Millionen Reichsmark Ostbankaktien) und den übrigen Genossenschaften (zirka 2 Millionen Reichsmark Aktien), wird die ihnen zustehenden zirka 750 000 M. nom. Dresdner Bankaktien als Sicherheit bei der Großbank belassen. Diese hat das Recht, sich aus den hinterlegten Aktien zu bedienen; sofern diese Aktien zum Ausgleich von Ansprüchen der Dresdner Bank aus Verleuten, die durch den Sanierungsgeheim nicht gedeckt sind, nicht ausreichen, kann eine Bürgschaft Eugenbergs und des Staates von je einer Million Reichsmark in Anspruch genommen werden. Eine unterschiedliche Behandlung dieser beiden Bürgschaften besteht, die Beanspruchung erfolgt zu gleichen Teilen.

Die Beteiligung der preussischen Regierung, die in der Übernahme einer Bürgschaft von einer Million Reichsmark besteht, geschah, wie die „Börsen-Ztg.“ meldet, unter dem Zwang des Verantwortungsbewußtseins: Sie glaubte es nicht auf sich nehmen zu können, die ohnehin überaus labile ostpreussische Wirtschaft durch den Zusammenbruch der Bank schädigen zu lassen. Die einzige Konsequenz, die die preussische Regierung aus dem Ereignis gezogen hat, ist die, daß Eugenberg selbst und sein Kreis aus der Bank auszuschiden. Sie haben ihre Aufsichtsratsämter niedergelegt und ihre Konten abgeschlossen.

### Neue Bankinsolvenzen

In Wiberach (Württemberg) mußte das Bankhaus Graner & Co. schließen. Es dürfte sich um etwa 2 Millionen Reichsmark handeln. Man rechnet mit einer Quote von etwa 40 bis 50 v. H. Der Inhaber, Bankier Graner, hat sich erschossen. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit der zweite Zusammenbruch einer Privatbank in Wiberach. Vor einem Vierteljahr war es das Bankhaus Breitingen, das die Zahlungen einstellte. Es wird angenommen, daß die Schwierigkeiten des angesehenen Bankhauses Graner & Co. auf diesen Zusammenbruch zurückzuführen ist. Die noch bestehenden Wiberacher Privatbankanstalten wurden von Sparaten befreit, die ihre Gelder verlangten.

Die Zahlungseinstellung der Nordischen Bankkommandite Sief & Co. in Hamburg hat eine Wendung ins Kriminelle genommen. Der Bankier Sief, der sich großen Ansehens erfreute, ist verschwunden. Er hat sich einen Paß nach Italien ausstellen lassen und sich mit ungedeckten Schecks die Mittel für seine Flucht beschafft. Haftbefehl ist gegen ihn erlassen. Die Bankfirma Streichmar & Co. in Chemnitz, die ihre Zahlungen eingestellt hat, ist eine unbedeutende Firma und befindet sich seit 2 1/2 Jahren in stiller Liquidation.

### Zum Zusammenbruch der Bürkle-Bank in Freiburg

Bürkle ist vollständig zusammengebrochen, während der andere Inhaber der Bank, Herling, seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter sehr selbstbewußt machte. Die Untersuchung und Prüfung der Bücher selbst gestaltet sich außerordentlich schwierig und dürfte sich voraussichtlich mehrere Monate hinziehen. So hat man z. B. bis heute noch nicht einmal das Bilanzbuch auffinden können. Nach der Steuerbilanz des Jahres 1928 war schon damals eine Unterbilanz von 500 000 M. vorhanden, so daß bereits damals der Konkurs hätte angemeldet werden müssen. Bis jetzt konnten 1754 Betragsfälle festgestellt werden, so daß die Befürchtung wächst, daß der Konkurs mangels Masse eingestellt werden muß. Die beiden Rechtsanwälte Bender und Grumbach haben die Verteidigung der verhafteten Bankiers übernommen.

Die „Freib. Ztg.“ schreibt u. a.: „Je mehr Einzelheiten über den Zusammenbruch bekannt werden, desto größer ist das Erstaunen über den Umfang des Kundenkreises. Von allen Seiten brachte man der Bank großes Vertrauen entgegen, obwohl schon der hohe Zinsfuß von durchschnittlich 12 Proz. für Sparanlagen hätte stutzig machen sollen. Es würde noch verständlich sein, wenn nur die einfachen Leute aus dem Volke von den hohen Zinsätzen angelockt worden wären. Fast rätselhaft jedoch ist, wie sich viele Sparer aus der Intelligenz und der sonst so vorichtig abmähenden Geschäftswelt fanden, die dem Bankhaus Bürkle & Co. Geld und Wertpapiere unbedenklich anvertrauten. Am erstaunlichsten ist die Tatsache, daß es viele Einleger waren, die ihr gesamtes Sparvermögen oder ihre sämtlichen Ersparnisse auf eine Karte, auf die Karte der aus der Inflationszeit hervorgegangenen Bürkle-Bank setzten.“

Handel und Gewerbe gegen Verunsicherungen. In einem Aufsatz der Baden-Badener wirtschaftlichen Korporationen und des Ortsvereins des Deutschen Beamtenbundes wird die Bevölkerung aufgefordert, von sogenannten „Angst- abhebungen“, die infolge von Bankinsolvenzen und Zahlungsschwierigkeiten einiger Betriebe vorgenommen werden, in solchen Fällen abzusehen, wo Bankbetriebe und Firmen, auf Grund ihrer Vergangenheit, ihres inneren Ausbaues, ihrer Vermögenslage und Garantiemittel sowie ihrer Verwaltung unbedingt Anspruch auf Vertrauen haben. Die Verbände fordern die von ihnen vertretenen Kreise eindringlich zu gemeinsamer Mitarbeit an dem Ziele der Wiederherberuhigung auf, damit die augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht noch mehr verschärft werden.

Der Vergleich bei Singen & Horn in Fahrenau gescheitert. Auch die dritte Vergleichsverhandlung der in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Textilfirma Singen & Horn in Fahrenau ist ergebnislos verlaufen. Das zur Weiterführung des Betriebes erforderliche Betriebskapital von einer Million Reichsmark konnte nicht voll aufgebracht werden. Die Liquidationsvergleichsverhandlung findet am 10. Dezember statt.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 27. November d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7736 pence.

### Literarische Neuerscheinungen

Deutschland als Kolonialmacht. Die kolonialen Erinnerungen des ehemaligen Gouverneurs von Kamerun und Deutsch-Südwestafrika, Dr. Seib, liegen nunmehr abgeschlossen vor, sie werden in Kürze im Buchhandel erscheinen („Von Aufstieg und Niedergang deutscher Kolonialmacht“, G. F. Müller, Karlsruhe, Band 1-3). Die Darlegungen gehen nicht nur auf die allgemeinen kolonialen Fragen, sondern auch auf die auswärtige Politik der Jahre 1890 bis 1914 ein und bringen manche bemerkenswerte Tatsachen, die bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt waren, besonders in der Schilderung unseres Verhältnisses zum britischen Südafrika und den Buren. Sie sind geeignet, neue Streiflichter auf die Vorbereitung des Krieges gegen Deutschland und die Kriegsschuldfrage zu werfen. Der Verfasser steht als Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft aus heute noch mitten im kolonialen Leben. Es wird daher von Interesse sein, alle diese Fragen für die breite Öffentlichkeit behandelt zu sehen.

Die Memoiren Lord Haubans. In diesen Tagen erscheint in der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, die deutsche Ausgabe der Erinnerungen Haubans, ein Werk, auf das man in mehr als einer Hinsicht gespannt sein darf. Als Gelehrter, als Kriegsmilitär und als Vorkämpfer hat Haubane Hervorragendes geleistet, wie auch rein menschlich seine Persönlichkeit Bewunderung verdient. Es ist tragisch, daß gerade er dazu ausersehen war, den Krieg gegen Deutschland mit vorzubereiten, gegen ein Volk, das er nach seinem eigenen am tiefsten liebte und dem er sein geistiges Rüstzeug verdankte.

Anaurs Standardbände sind wahrhaft vorbildlich in Ausstattung, Papier und Druck; sie bringen mehrere neue hervorragende Werke: „Im Schatten der Titanen“ (mit 4 Bildtafeln und 2 Briefsammlungen in Kupferdruck, eingeleitet von Julie Vogelstein). Die großen Erinnerungen einer großen Frau liegen hier in musterhafter Ausgabe vor. „Anselm Feuerbach“, „Ein Vermächtnis“, eine Biographie des schaffenden Künstlers, ist das zweite Meisterwerk, das die Serie fortsetzt. — „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“ — sämtliche 3 Bände in einem Band vereinigt — bedeuten eine wahre Monumentalausgabe.

Siegreich und durchschlagend hat in der gleichen Reihe Anaurs Welt-Atlas den Siegeszug des billigen Buches besiegelt. Die Bilder der Welt in musterhaftem Farbendruck, die neue Gestalt der Erdoberfläche in prägnanter, umfassender Ausgabe. Anaurs Standardbände bringen die Meisterwerke der Belletristik zu billigen Preisen. Jeder Band in seinen 288 M., in Halbleder 3,75 M., in Ganzleder 4,80 M. (Verlag Th. Anaur Nachf., Berlin W. 50.)

Hermann Kutter: Mein Volk (bei Chr. Kaiser, München). — Ein begeisterter Gottesverkünder spricht im Anschluß an Worte des Jeremia seine Mahnungen an sein Volk, selbst ein Jeremia. „Unserer Weisheit letzter Schluß ist Liebe von Mensch zu Mensch. Lieben und Leben sind ein und dasselbe — Gott; nicht Religion — das ist das Neue, das Lebendige, das Revolutionäre — denn Gott ist nicht Religion, Gott ist Quelle des Lebens.“ Kutter weiß auf die Gottlosigkeit hin, die in Politik und Wirtschaft, in Kunst und Wissenschaft, in der sozialen Frage, in Kultur und Kirche, im Ehe- und Familienleben herrscht, und so liebt sich sein Buch wie eine echt Jeremiaade. Das ehrliche Feuer, mit dem er spricht, wird erwidert und erleuchtend auf viele übergreifen, die Gottsucher sind, wie er.

# Wer Teilzahlung sagt meint Debege

Das ist jetzt seit Jahren so, und an dieser Tatsache ist nicht mehr zu rütteln. Unserer nun schon sprichwörtlich gewordenen Leistungsfähigkeit verdanken wir unsere Volkstümlichkeit, an der auszubauen, auch jetzt noch unser Bestreben ist. Darum bringen wir unserer Kundschaft das Opfer und machen ihr das Angebot,

mit den Raten erst im Februar 1930 zu beginnen!

**Debege** Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft  
m. b. H. • Karlsruhe i. Baden • Kronenstraße 40

DAS BEVORZUGTE KAUFHAUS DER BEAMTENWELT

Heeresbestände Gelegenheitskäufe

## Marine-Bekleidung

Zirka 25 000 Pakete bereits verhandelt. Nur neue Ware. Bestände aus der ehemaligen Marine und des Heeres wegen Einführung einheitlicher Farben ausgemustert.

Marinehose orig. marineblau, Schlitz- oder Lashose 13,50, 18 RM., Marine-Arbeitsanzug 11 RM., Marine-Wollsocken, sehr stark, Paar 1,20 RM., 3 Paar 3 RM., Wollstrick-Fingerhandschuhe, Paar 1,25 RM., Fausthandschuhe, warm gefüttert, 1,50, 1,25 RM., Wollstricksocken, grau, schwarz, dunkelgrün, blau; je nach Eingang, mit langen Ärmeln, kann auch die Frau tragen, St. 4,25, 3 St. 11,50 RM., Wollschal, obige Farben, extra lang, 1 RM., 3 St. 2,50 RM., rindled. Schnürstiefel, bequeme Passform, 12 u. 10 RM.

## Pferde- und Schlafdecken

extra groß, 4-6 Pfund schwer, ausgefuchte weiche Decken, 7,50, 3 St. 21 RM., Partie Pferde- und Schlafdecken, zirka 200x140, 5,25, 3 St. 15 RM., Schlafdecke, kamelfarbig, seltene Gelegenheit, herrlich gemustert, weich wie Butter, 8, 6 RM., Diwandede mit Franzen, 260x130, herrlich gemustert, 7,50 RM., Magazin- od. Bettdeckendeckel, 100cm lang, St. 55 Rpf., Dbd. 6 RM., Plüschpantoffeln, mit Gummifohle, unverwüstl., Paar 1,75, 1,50 RM., gebt. gereinigte Pferde- oder Schlafdecken, St. 4, 3 St. 11 RM., Offizierswollsocken, schw. Wolle, grau, schw., kamelf., 2 RM., 3 Paar 5,50 RM., Porto bis 2 Rg. 50 Rpf., 5 Rg. 1 RM., ab 12 RM. portofrei.

**Textil-Rosaker, Kiel, Marine-Bekleidung** 3,989

Announce ausschneiden! Erscheint nur einmal!



## Badisches Landestheater

Sams. 30. Nov. 1929

\* A. S. Th. Gem. III. S. G. 2. Hälfte und 301-400

Zum ersten Male

## Kolonie Hund

Schauspiel von Wolf

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Bertram, Center, Jant,

Mademacher, Schreiner,

Brand, Dahlen, Gemmede,

Gras, Hertz, Höder, Just,

O. Kienjäger, Klobbe, Land-

grebe, Wehner, Müller,

Prüter, Schulze, v. d. Trend,

Geier, G. Kienjäger.

Anfang 20 Ende 22/

Preise A (0,70-5 RM)

Sonntag, 1. Dez.: Loben-

grin. Im Konzerthaus:

Einmaliges Gastspiel Kon-

rad Dreher: Der wunder-

tätige Antonius. Mon-

tag, 2. Dez.: 3. Einfon-

tioniert.

3

Nur noch

kurze Zeit

3

Fratellinis

und das grandiose

Variété-Programm

## Badische Lichtspiele Konzerthaus

Freitag, 29. November, bis Mittwoch, 4. Dezember

jeweils 20.30, Sonntags nur 16 Uhr

Erstaufführung

## Die Wunder des Films

Ein Werklied der Arbeit am Film

mit Begleitvortrag komponiert von Dr. Edgar Beyl, Berlin.

Der große Erfolg, den je ein Vortrag in Deutschland

erlebt hat! — Spannend wie ein Sensationsfilm!

Wir sehen den Kameramann bei der Arbeit:

Flugzeugsensations, Fallschirmsprünge, waghalsige Kletter-

partien, große Brände, Jagdexpeditionen, im Aetna-Krater,

Sturmflut, Raketen-Auto, beim Chirurgen, Zeitpennenbilder,

Zaubertrick, Zeitraffer, Marionetten-, Trick-, Scherens-

chnitt-, Farbentime. — Dishes nie gezeigte Aufnahmen!

Eine der interessantesten Veranstaltungen der letzten Zeit!!!

Dazu

## Die Wiege Europas

Eine Mittelmeerfahrt:

Venedig, Korfu, Athen, Konstantinopel, Damaskus, Totes

Meer, Kairo, Pyramiden von Gizeh, Luxor- und Karnak, Das

Tal der Könige, Sahara, Constantine, Atlasgebirge, Algier,

Neapel, Capri, Rom u. a. m.

Musikbegleitung.

Kartenverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und

Büro Klauerschstraße 1 (übliche Sprechstunden).

Druck G. Braun, Karlsruhe